



August 2008

Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Zentralasien kämpft mit dem Rohstoff-Fluch** Seite 1
- **Georgienkrieg: Russische Blogger machen Meinung** Seite 2
- **Pakistans Zukunft hängt auch an Indien, China und den USA** Seite 3
- **Den USA gehen die qualifizierten Arbeitskräfte aus** Seite 3
- **Die Internationale Atomenergiebehörde braucht Rückendeckung** Seite 4
- **Ethanol: Königsweg oder falsche Alternative?** Seite 5
- **Geldanlage 2020: mehr Internationalität und Transparenz** Seite 5

Zentralasien kämpft mit dem Rohstoff-Fluch

Johannes F. Linn, Central Asia's Energy Challenge: Overcoming the Natural Resource Curse, *The Brookings Institution*, 20.08.2008

Häufig geht es Ländern mit beachtlichen Rohstoffreserven tendenziell schlechter als Staaten mit wenigen oder gar keinen Rohstoffen, besonders in Zentralasien. David F. Linn erklärt dieses scheinbare Paradoxon, das auch als Rohstoff-Fluch bekannt ist. Dabei macht er deutlich, warum ein vernünftiges Rohstoffmanagement für Entwicklungsländer so schwierig ist – und wie ihnen geholfen werden kann.

Was sind die Ursachen des Rohstoff-Fluchs?

- Makroökonomische Probleme, auch bekannt als „Holländische Krankheit“: Hohe Einnahmen aus Rohstoffexporten führen zur Aufwertung der nationalen Währung. In der Folge bremst dies den Absatz und somit die Produktion in anderen Wirtschaftssektoren.
- Volatilität der Einnahmen: Durch die hohe Volatilität der Rohstoffpreise wächst die Schwierigkeit, ein stabiles Finanz- und Schuldenmanagement zu gewährleisten.
- Negative Auswirkungen der hohen Einnahmen aus Rohstoffexporten auf öffentliche Institutionen: Politische Entscheidungen werden häufig in Abhängigkeit von einflussreichen Interessengruppen und nicht im Sinne des optimalen ökonomischen Outputs oder des nationalen Interesses getroffen. Dies beschädigt die Integrität öffentlicher Institutionen und schafft eine Kultur, in der Korruption endemisch zu werden droht.

Die clevere Nutzung von Rohstoffreserve-Fonds, auch bekannt als „oil funds“, und die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) können dabei helfen, den

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 15.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.206 337 90

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus LÖbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registriergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz
Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

Mit freundlicher Unterstützung von

DAIMLER

Deutsche Post  World Net

MAIL EXPRESS LOGISTICS FINANCE

Fluch zu überwinden. Aserbaidschan und Kasachstan sind dafür die besten Beispiele. Bisher blieben beide Länder von negativen Auswirkungen des Energiebooms verschont. Die EITI verfolgt das Ziel, Länder bei der Einführung eines transparenten Finanzmanagements zu unterstützen, damit die Einnahmen aus Rohstoffexporten effektiv genutzt werden können. Laut dem Revenue Watch Institute gehört Aserbaidschan inzwischen zu den Vorbildern in Sachen Transparenzstandards. Kasachstan erzielte mit dem Export von Öl erhebliche Budgetüberschüsse. Inzwischen verfügt das Land über einen nationalen „oil fund“ in Höhe von 21 Mrd. US-Dollar, der in erster Linie zur Schuldentilgung genutzt wird und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern. Dadurch konnte Kasachstan das restliche Haushaltsdefizit auf unter 5% drücken (d.h. gemessen am Bruttoinlandsprodukt ohne die Rohstoffexporteinnahmen) und gleichzeitig gezielt in die eigene Wirtschaft investieren, um sie zu modernisieren.

Auch wenn beide Länder noch einen langen Weg vor sich haben, um den Rohstoff-Fluch endgültig zu überwinden – sie sollten der gesamten Region als Vorbilder dienen. Ein so massives Missmanagement nationaler Energiereserven, wie es beispielsweise in Turkmenistan zu beobachten ist, wäre vermutlich mit den Transparenzstandards der EITI und der ökonomisch klugen Nutzung eines Rohstoffreserve-Fonds zu verhindern gewesen. [Mehr...](#)

Georgienkrieg: Russische Blogger machen Meinung

Evgeny Morozov, The Kremlin's Virtual Army, *Foreign Policy*, August 2008

Spätestens seit Estland im vergangenen Jahr Opfer einer Reihe von Internetattacken wurde, ist der so genannte „Cyberkrieg“ in aller Munde (vgl. [GMR Juni 2007](#)). Dabei werden Server gehackt, Webseiten attackiert, Kommentare gelöscht, Fotos gefälscht usw. Auch der militärische Konflikt zwischen Russland und Georgien wurde von einem solchen digitalen Feldzug begleitet. Unter anderem waren die offiziellen Seiten der georgischen Regierung vorübergehend blockiert. Doch damit nicht genug: Mit tausenden Kommentaren und Beiträgen vor allem auf westlichen Webseiten versuchten russische Blogger, die Haltung der Öffentlichkeit in westlichen Ländern zu beeinflussen.

Das Ziel dieser Form der Cyberkriegsführung ist nicht das Lahmlegen von Servern und Webseiten, sondern die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Während von dem Einmarsch georgischer Truppen in Südossetien zu Beginn der Auseinandersetzung kaum Bilder existierten, lieferten westliche Nachrichtensender eine Bilderflut russischer Bombardements auf georgische Dörfer und Städte. Dem konnte Russland ohne vergleichbare internationale Medienriesen wie CNN oder BBC nicht viel entgegensetzen. Der einzige englischsprachige russische Sender, der dazu ansatzweise in der Lage gewesen wäre (Russia Today), konnte oder wollte nicht in diese Rolle schlüpfen. Also übernahmen patriotische Blogger das Ruder und überfluteten die Online-Auftritte von CNN und BBC mit ihren Kommentaren. Die Webseiten westlicher Medien waren der ideale Platz für die pro-russischen Stimmen, die angebliche Fehler in der westlichen Berichterstattung anprangerten. Eine große antirussische Verschwörung westlicher Medien wurde kolportiert. Dabei wurden Forderungen nach einer eigenständigen russischen Propagandamaschine laut, mit tausenden von hochqualifizierten und ideologisch wasserfesten Journalisten. Dies sei mindestens genauso wichtig wie die Produktion neuer Nuklearsprengköpfe, so ein Blogger. Diese Form der Meinungsmache, die übrigens auch von China im Vorfeld der Olympischen Spiele zum Thema Tibet praktiziert wurde, zielt auf eine Art „Erziehung“ der westlichen Öffentlichkeit.

Der Westen kann dem Treiben der „Cyberkrieger“ nur zusehen. Zwar gibt es in Deutschland seit 1991 das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), und gerade verkündete US-Präsident Bush die Förderung einer neuen Cyberinitiative. Doch das nützt alles wenig, wenn sich die Blogger einschalten. Vor allem die junge Generation in Russland und China verfolgt – gestärkt mit neuem patriotischen Selbstbewusstsein – das Ziel, westliche Medien zu einer positiveren Berichterstattung über ihre Länder zu bewegen. Offen bleibt, ob ihnen diese Art der „Kriegsführung“ genügt oder sie sich irgendwann radikalerer Methoden bedienen. [Mehr...](#)

Pakistans Zukunft hängt auch an Indien, China und den USA

Stephen P. Cohen, Pakistan's Second Last Chance, *Asian Journal of Public Affairs*, Vol. 2 No. 1, Sommer 2008

Die Ereignisse in Pakistan überschlugen sich. Erst gewinnt die Opposition im Februar die Parlamentswahlen, dann sieht sich Präsident Musharraf durch den politischen Druck zum Rücktritt gezwungen. Befürchtungen, es könnte zu einem Aufstand extremistischer Kräfte oder gar zu einem Bürgerkrieg kommen, haben sich vorerst nicht bewahrheitet. Doch die kritische Phase beginnt erst jetzt. Nun entscheidet sich, welche Richtung Pakistan mittelfristig einschlägt. Eine zentrale Rolle in diesem Orientierungsprozess spielen drei ausländische Akteure, die seit Jahren die Politik Pakistans prägen.

Indien kann Pakistan als größter Nachbarstaat sicher am besten dabei helfen, den Weg zur Demokratie zu meistern. Doch die Beziehungen beider Länder sind belastet. Der Kaschmirkonflikt und die Unterstützung islamistischer Gruppierungen durch Islamabad sind nur zwei Reibungspunkte. Neuerdings zeigt Pakistan sich offener für den Dialog mit Indien. Die Zusammenarbeit in Wirtschaftsfragen, ein akademischer Austausch und der Abbau politischer Rivalitäten scheinen wieder möglich. Indien allerdings muss deutlich machen, dass sein Engagement in Afghanistan nicht als Umzingelungsstrategie gedacht ist. Vielmehr sollte Pakistan in Indien einen regionalen Partner sehen.

China gilt in Pakistan als zuverlässiger und dauerhafter Freund. Doch erst kürzlich äußerte sich die chinesische Führung besorgt über den anwachsenden islamischen Extremismus im Nachbarland. Sie erklärte sich bereit, zwecks Stabilisierung des Landes mit anderen Staaten zu kooperieren, auch mit den USA. Oberstes Ziel der Chinesen ist selbstredend nicht die Demokratisierung Pakistans, sondern eine handlungsfähige Regierung, die China den Ausbau pakistanischer Häfen und Straßen als Transitstrecke zwischen Westchina, der Arabischen See und dem Mittleren Osten erlaubt.

Die *USA* unterstützen seit langem das Militärregime in Pakistan. Daher müssen sie sich nun den Vorwurf gefallen lassen, den demokratischen Kräften im Land nicht genügend Beachtung geschenkt und ihr eigenes Engagement nicht ausreichend hinterfragt zu haben. Bisher haben die USA zu viel Geld für zu wenig Gegenleistung bezahlt. In Zukunft sollten sie sich auf die Bereiche Entwicklung und Bildung konzentrieren. Die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie Japan und der EU könnte viele Programme effektiver gestalten.

Seine Schlüsselfunktion im Kampf gegen den Terrorismus, seine Nuklearwaffen und sein potentieller Vorbildcharakter als moderater muslimischer Staat begründen Pakistans Sonderrolle. Die größten Herausforderungen sind die Armee als Staat im Staate und die extremistischen Kräfte, die sich in den vergangenen Jahren stark ausbreiteten und die von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt werden. Der Aufbau einer funktionierenden zivilen Bürokratie könnte einen großen Schritt bedeuten. Doch alle externen Akteure wären gut beraten, sich aus der Innenpolitik herauszuhalten. Die politischen Kräfte in Pakistan müssen die zukünftige Machtverteilung letztlich unter sich aushandeln. [Mehr...](#)

Den USA gehen die qualifizierten Arbeitskräfte aus

Jacob F. Kirkegaard, US-High-Skilled Immigration Policy: A Self-Inflicted Wound, *Peterson Institute for International Economics*, Juli 2008

Ihren Aufstieg zur Supermacht und ihre wirtschaftliche Vormachtstellung verdanken die USA unter anderem einer hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft. Bei ihrem Eintritt in die Arbeitswelt galten die Arbeitnehmer der Baby-Boomer-Generation als die besten der Welt. Nun kommen sie allmählich in die Jahre. Gehen die Baby-Boomer in Rente, fehlt es an gut ausgebildetem Nachwuchs. Denn aufgrund schwerer Versäumnisse in der Bildungspolitik stagniert das Bildungsniveau auf dem Stand von vor 30 Jahren. Zwar könnte die Zuwanderung von qualifizierten Kräften aus dem Ausland Abhilfe schaffen, doch ausgerechnet die wurde in den letzten Jahren stark eingeschränkt. Und da andere Staaten nicht schlafen, verschärft sich nun der Wettbewerb um die klügsten Köpfe.

Großzügige Investitionen in das Bildungssystem werden nach der langen Periode des Stillstands nur langfristig Wirkung zeigen. Kurzfristig hilft nur qualifizierte Einwanderung. Dazu müssen die Zuwanderungsgesetze reformiert

werden, um den stetigen und wirtschaftlich bedeutsamen Zufluss von hochqualifizierten Arbeitskräften einzuleiten. Doch stattdessen schraubten die USA in den vergangenen Jahren die Zuwanderungshürden hoch. Dabei ist die Nachfrage vorhanden: Im April 2008 stellten US-Unternehmen 163.000 Anträge auf ein H-1B Visum (qualifizierte Arbeitskräfte und ausländische Studenten mit Abschluss einer US-Universität), von denen nur knapp die Hälfte bewilligt wurde. Die größten und wettbewerbsfähigsten amerikanischen Unternehmen bekommen keine Visa für dringend benötigte Fachkräfte. Dabei war Zuwanderung schon immer eine der Grundlagen für die Innovationsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft: Wie bei Google, eBay und Yahoo stammt bei mehr als der Hälfte der in den vergangenen 15 Jahren im Silicon Valley gegründeten Firmen mindestens einer der Gründer aus dem Ausland.

Nicht nur aufstrebende Staaten wie Indien und China konkurrieren mit den USA um das beste Personal. Auch OECD-Staaten, die von einer noch stärkeren Alterung der Bevölkerung betroffen sind, arbeiten an der Liberalisierung ihrer Einwanderungsgesetze für hochqualifizierte Zuwanderer. Das Interessante dabei: Vielen Staaten kopieren das US-Modell, beispielsweise die EU mit der Blue-Card, einer Abwandlung der amerikanischen Greencard (vgl. [GMR Juli 2008](#)). Hier könnte sich ein erbitterter Wettbewerb um die klügsten Köpfe entwickeln. Für die USA steht nicht weniger als ihre Führungsrolle in der globalen Wirtschaft auf dem Spiel. [Mehr...](#)

Die Internationale Atomenergiebehörde braucht Rückendeckung

Ernesto Zedillo, Time to Strengthen the IAEA, *YaleGlobal*, 07.08.2008

Die „nukleare Renaissance“ ist die vielleicht größte Herausforderung für die internationale Gemeinschaft. Weltweit steigt der Einsatz von Nukleartechnologie und bedroht die internationale Sicherheit. Um zu verhindern, dass er der Menschheit zum Verhängnis wird, muss der Gebrauch von Nukleartechnologie streng überwacht werden. Doch ausgerechnet die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) – die einzige Institution, die dieser Aufgabe gewachsen wäre – leidet an einer typischen Krankheit: an chronischer Unterfinanzierung. So lautet die Erkenntnis einer von der IAEA eingesetzten internationalen Kommission, die kürzlich einen Bericht vorlegte, in dem sie eine Prognose für die nukleare Entwicklung und die zukünftige Rolle der IAEA wagt.

Wichtigstes Fazit: Ohne eine spürbare Erhöhung der personellen und finanziellen Ressourcen kann die IAEA ihre Schlüsselrolle im internationalen Überwachungsregime für Nuklearaktivitäten nicht erfüllen. Deshalb schlagen die Autoren vor, dass zunächst eine Finanzspritze von 80 Mio. Euro bereitgestellt wird, um das Safeguards Analytical Laboratory (SAL) neu zu beleben und die Entwicklung des Notfallzentrums für Nuklearunfälle voranzutreiben. Zudem sollte das Budget der IAEA bis 2020 verdoppelt werden. Die zusätzlichen Gelder werden dringend benötigt, um den Schutz vor atomaren Bedrohungen auf diversen Arbeitsfeldern zu verbessern: von der Optimierung existierender Anti-Terrorstrategien bis hin zu technischer Unterstützung für Länder mit zivilen Atomanlagen, um diese besser vor Unfällen oder der Entwendung von radioaktivem Material zu schützen.

Doch die Welt braucht nicht nur finanziell besser ausgestattete, sondern auch durchsetzungsfähige Atominspektoren, damit sie verdächtige Nuklearaktivitäten jederzeit ungehindert überprüfen können. Dazu benötigen sie uneingeschränkte Rückendeckung durch die mächtigsten Staaten. Außerdem sollte die IAEA das Risiko jedweden Nuklearunfalls aktiv verringern, indem sie in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten die Erforschung neuer Generationen von sicheren Kernkraftwerken vorantreibt. Schließlich sollte der Atomenergiebehörde die Koordinierung und Überwachung multinationaler Mechanismen übertragen werden, die Staaten mit nuklearem Brennstoff versorgen, deren Atomprogramme zivilen Zwecken dienen. Dann wären diese Länder nicht gezwungen, eigene Anlagen zur Uran-Anreicherung zu bauen und somit potentiell atomwaffenfähiges Material zu produzieren. Die Staatschefs dieser Welt dürfen keinerlei Anstrengung scheuen, das internationale Überwachungsregime für Nuklearaktivitäten zu stärken. Die Kosten eines nuklearen Terroranschlags oder eines Kraftwerkunfalls stehen in keinem Verhältnis zu dem, was die IAEA benötigt, um die Welt besser vor der atomaren Bedrohung schützen zu können. [Mehr...](#)

Ethanol: Königsweg oder falsche Alternative?

Kenneth P. Green, Ethanol and the Environment, *American Enterprise Institute for Public Policy Research*, Juli 2008

Für Viele ist die Ethanolproduktion der Königsweg, um die vorprogrammierte Energiekrise zu meistern. Mit Blick auf versiegende Rohstoffquellen und schwindelerregende Energiepreise setzen sie große Stücke auf den Brennstoff, der üblicherweise aus Mais (wie in den USA) oder Rohrzucker (wie in Brasilien) gewonnen wird. Doch die zunehmend populäre Ethanol-Lösung ruft auch Kritiker auf den Plan, darunter Kenneth P. Green. Seine These: Ethanol sorgt weder für Energiesicherheit (der USA in diesem Fall) noch für stabilere Energiepreise; stattdessen aber für mehr Treibhausgase, Wasserverschmutzung, Wasserknappheit und steigende Nahrungsmittelpreise.

Treibhausgase: Die weit verbreitete Annahme, Ethanol verursache weniger Treibhausgase als fossile Brennstoffe, ist zumindest umstritten. Berücksichtigt man die Distickstoffmonoxide (N₂O), die bei der Ethanolproduktion anfallen, dürfte der Ausstoß an schädlichen Treibhausgasen ähnlich hoch sein wie bei fossilen Brennstoffen.

Wasserverschmutzung: Der Maisanbau ist häufig mit erheblichem Dünge- und Pestizideinsatz verbunden. Sollten die USA ihr selbst gestecktes Ziel verwirklichen, bis 2022 zwischen 15 und 36 Mrd. Gallonen Ethanol zu produzieren, würde dies laut einer Studie der University of British Columbia den Stickstoffzufluss in den Golf von Mexiko um 10 bis 34% erhöhen.

Wasserknappheit: Wissenschaftler aus Colorado schätzen die Menge an Frischwasser, die zur Produktion von einer Gallone Ethanol aus Mais benötigt wird, auf bis zu 140 Gallonen. Sollten ihre Berechnungen stimmen, verschlangen die 5,4 Mio. Gallonen Ethanol, die 2006 in den USA produziert wurden, bis zu 760 Mio. Gallonen Frischwasser.

Nahrungsmittelpreise: Eine steigende Ethanolproduktion dürfte die Nahrungsmittelpreise deutlich erhöhen, da immer mehr Land für die lukrative Biokraftstoffproduktion und immer weniger für die Nahrungsmittelproduktion genutzt wird. Schätzungen zufolge könnte die Ethanolproduktion um 2016 fast 43% des Ackerlandes beanspruchen, das 2004 noch der Produktion von Nahrungsmitteln diente.

Keine Frage, hohe Benzin- und Ölpreise bremsen die Wirtschaft und erschweren das Leben jedes Einzelnen. Doch allzu viel Hoffnung sollte man nicht in die Alternative Ethanol stecken. Sie wird die Energiesicherheit nicht erzeugen, die Viele sich von ihr versprechen – aus einem einfachen Grund: Man kann nicht genügend Ethanol produzieren, damit es die fossilen Energieträger ersetzt, ohne der Umwelt gleichzeitig massiven Schaden zuzufügen. [Mehr...](#)

Geldanlage 2020: mehr Internationalität und Transparenz

Ricky McRoskey, The Future of Investing: A 2020 Vision, *BusinessWeek*, 14.08.2008

Während viele Anleger noch rätseln, ob sich die Börsen dieser Welt bald wieder von den jüngsten Turbulenzen erholen oder ob eine ernsthafte Rezession bevorsteht, wagt BusinessWeek einen Blick ins Jahr 2020. Die Prognose: Das Anlagegeschäft wird sowohl internationaler als auch transparenter.

Internationalität: Um die Risiken zu minimieren, verteilen Investoren heute ihre Anlagen meist auf Unternehmen aus verschiedenen Ländern. Doch die Grenzen zwischen in- und ausländischen Märkten verwischen immer mehr. Laut Jeremy Siegel von der Wharton School wird in Zukunft der Stammsitz eines Unternehmens für den Aktienkurs kaum noch entscheidend sein. Für den Anleger zählt in erster Linie, wo ein Unternehmen produziert und wo es seine Waren verkauft. Mit diesem Wissen kann er seine Risiken diversifizieren, oder anders: minimieren. Dies erfordert im Gegenzug eine globalere Ausrichtung der Börsen, regionale Finanzplätze verlieren an Bedeutung.

Transparenz: 2020 wird die Finanzwelt transparenter, prognostiziert Charles Calomiris von der Columbia School of Business. Neue und einfache Finanzprodukte bieten den Käufern mehr Klarheit darüber, was sie kaufen. Verkäufer können sich zu jedem Zeitpunkt einen Überblick über den Wert ihrer Anlage machen. Dies erhöht die Liquidität an den Finanzmärkten, da sich mehr Menschen an ihnen engagieren und ihre finanziellen Angelegenheiten selbst in die

Hand nehmen. Teure Produkte wie Investmentfonds werden daher immer weniger nachgefragt, während die Nachfrage nach den günstigeren Indexfonds beispielsweise steigt.

Zukünftig werden die Investoren durch neue Computerprogramme unterstützt. Diese machen täglich auf Portfoliorisiken aufmerksam und bieten umfassende Übersichten über Anlageprodukte, auch unter Einbeziehung der Wechselwirkungen zum Beispiel mit abgeschlossenen Versicherungen. Die Programme werden in der Lage sein, komplexe Sachverhalte und Szenarien durchzuspielen. Unvorhersehbare Schwankungen an den Finanzmärkten wird es jedoch immer geben. Und noch ein weiterer Faktor birgt Ungewissheit: die Aufsichtsbehörden. Im besten Fall respektieren sie das Marktbedürfnis nach Wettbewerb und Freiheit. Robert Wright von der Stern School ist allerdings skeptisch. Seiner Meinung nach neigen die Aufsichtsbehörden dazu, eher kurzfristig die Panik der Anleger zu besänftigen statt die langfristigen Risiken zu minimieren. [Mehr...](#)

Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank atlantic-community.org! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



ATLANTIC-COMMUNITY.ORG

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Eddie Hartmann/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org